

PKW-Maut Auf die Straße kommen soll die Pkw-Maut zwar erst 2019. Doch Minister Dobrindt drückt trotzdem aufs Tempo und bringt sein geändertes Modell auf den Weg. Doch längst formiert sich diesseits und jenseits der Grenzen der Widerstand gegen die Infrastrukturabgabe.



Rote Leuchtspuren von Fahrzeugen auf der Autobahn A 2: Geht die Rechnung von Verkehrsminister Dobrindt auf? Er rechnet mit Mehreinnahmen durch die Maut von 500 Millionen Euro. FOTO: STRATENSCHULTE/DPA

Fernduell um Dobrindts Maut

Lautes Rumoren in Berlin und Brüssel - Allianz gegen deutsche Pläne?

Von Alkimos Sartoros und Sascha Meyer (dpa)

Zwischen Berlin und Brüssel sind es Luftlinie 650 Kilometer. Und beim Dauer-Reizthema Pkw-Maut kommt es am Mittwoch zu einer Art Fernduell: Am Morgen bringt Verkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU) eine Version 2.0 der Maut-Gesetze durchs Kabinett. Die Änderungen hat er vor acht Wochen in einem überraschenden Kompromiss mit der EU-Kommission zugesagt. Wenige Stunden später treffen sich am Nachmittag in der europäischen Hauptstadt Regierungsvertreter mehrerer deutscher Nachbarländer - zusammengetrommelt von Österreich, das eine Allianz gegen die ungeliebten deutschen Pläne ausloten will. **Schauplatz Berlin:** Für den Maut-Minister ist es die nächste Etappe auf dem schier endlosen Weg seines heikelsten Projekts. „Wir schaffen damit auch mehr Gerechtigkeit auf unseren Straßen“, sagt Dobrindt am Mittag nach der Kabinettsitzung. „Weil grundsätzlich gilt: Wer nutzt, der zahlt. Keiner zahlt doppelt.“ Beschlüssen wurden nun zwei Änderungen. Erstens sollen Inländer mit sehr abgasarmen Euro-6-Wagen als Ausgleich für ihre Mautzahlungen um 100 Millionen Euro mehr bei der Kfz-Steuer entlastet werden als bisher vorgesehen. Zweitens soll es für die Kurzzeitarifre, die nur Pkw-Fahrer aus dem Ausland kaufen können, sechs statt drei Preisstufen geben - für eine Zehn-Tages-Maut je nach Schadstoffausstoß zwischen 2,50 und 25 Euro. Für Dobrindt ging es zu allererst darum, das Prestigegehoben seiner CSU mit Brüssels Segen aus der Sackgasse zu bekommen. Und nun bleibt ihm nicht mehr viel Zeit, will er die „Infrastrukturabgabe“ vor dem nahenden Bundestagswahlkampf so unumkehrbar

wie möglich machen. Das Paket muss noch durch Bundestag und Bundesrat. Und neue Widerstände bauen sich gerade auf. Das ruft in Berlin die SPD auf den Plan, die das „Lieblingsthema der CSU“ als Koalitionsräson mitträgt. „Wir erwarten eindeutige Aussagen aus der CDU, ob sie den zweiten Anlauf von Dobrindt für die Einführung der Pkw-Maut vollumfänglich unterstützt oder nicht“, sagt SPD-Fraktionsvize Sören Bartol. Der Minister will von zusätzlichen Sonderregeln nichts wissen, nachdem die Mautpflicht für Fahrer aus dem Ausland mit Rücksicht auf den kleinen Grenzverkehr doch schon auf Autobahnen beschränkt wurde. Offen ist, ob sich Kanzlerin Angela Merkel (CDU) bei anhaltendem CDU-internen Rumoren einschalten könnte. Die Opposition legt bereits nach

„Wir schaffen damit auch mehr Gerechtigkeit auf unseren Straßen.“

Verkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU)

und warnt vor einem Minusgeschäft für den Staat. „Eine Maut, die nur kostet und Bürokratie verursacht, aber europapolitischen Schaden anrichtet, kann sich nur die CSU ausdenken“, wettert der Fraktionsvize der Grünen, Oliver Krischer. Linke-Verkehrsexperte Herbert Behrens moniert: „Es ist ein Skandal, dass die EU ein grob rechtswidriges Gesetz doch noch durchwinkeln will.“ Allen Zweifeln zum Trotz haben Dobrindts Beamte hochgerechnet, dass unterm Strich etwas mehr herauspringen soll als gedacht: 524 Millionen Euro. Und dann sind da noch Proteste aus Nachbarländern, die Dobrindt aus Berlin demonstrativ ungerührt verfolgt. **Schauplatz Brüssel:** In der EU-Kapitale warb der österreichische

Verkehrsminister Jörg Leichtfried (SPÖ) gestern im Europaparlament für Unterstützung gegen die deutschen Maut-Pläne. Bei einem Treffen waren unter anderem die konservative österreichische Parlamentarierin Claudia Schmidt und der SPD-Europaabgeordnete Ismail Ertug mit von der Partie. „Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt will EU-Ausländer abkassieren, während er seine potenziellen Wähler daheim schont. Diese Ungleichbehandlung widerspricht dem Grundprinzip der Europäischen Union, und wir werden alles daran setzen, sie zu verhindern“, äußerte sich Ertug. In den kommenden Wochen soll eine Resolution gegen die Maut im Europaparlament vorgelegt werden, die allerdings vor allem symbolischer Natur sein dürfte. Außerdem soll Verkehrskommissarin Violeta Bulc nach dem Wunsch der Abgeordneten noch Rede und Antwort stehen, weshalb sie für Dobrindts geänderte Pläne grünes Licht gegeben hat. Auf längere Sicht brisanter dürfte da eine Zusammenkunft von deutschen EU-Nachbarnländern am Nachmittag sein. In der österreichischen Botschaft in Brüssel trafen sich Experten aus der Alpenrepublik, aus Frankreich, Luxemburg, den Niederlanden, Belgien, Dänemark, Polen, Tschechien, Ungarn, der Slowakei und Slowenien. Dabei ging es darum zu klären „wie weit die Länder bereit sind zu gehen“, sagte Leichtfried. Vor allem die Niederlande hatten ebenfalls bereits gegen die deutsche Maut gewettert. Weibere solcher Treffen seien in absehbarer Zukunft gut möglich, hieß es in Brüssel. „Das Modell, das die CSU möchte, ist eine Ausländermaut, wo am Ende, wenn alles abgerechnet ist, Ausländer zahlen. Und das ist diskriminierend und widerspricht dem europäischen Geist und dem europäischen Regelwerk“, sagte Leichtfried. Bei der österreichischen Maut zahlte hingegen alle gleich viel, egal wo sie herkämen.

Saar-Regierung droht erneut mit Nein zur Maut im Bundesrat

Saarbrücken. Könnte die PKW-Maut am Ende im Bundesrat scheitern? Saar-Ministerpräsidentin Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU) jedenfalls hat Verkehrsmister Dobrindt signalisiert, sie werde die Maut in der Länderkammer ablehnen, sollte es keine Sonderregelungen für die Grenzregionen geben. „Wenn es diese Ausnahme nicht geben sollte, wird das Saarland im Bundesrat einer Lösung zur Infrastrukturabgabe nicht zustimmen“, sagte sie gestern. Als Grund nannte Kramp-Karrenbauer erneut die Befürchtung, dass „viele Eimpender, die hier im Saarland arbeiten, zusätzliche Kosten haben und vor allen Dingen, dass viele Luchbarn aus Frankreich und Luxemburg, die hier im Saarland einkaufen, sich dann andere Städte suchen“. Zu-

gleich verwies sie auf eine Regelung auf der französischen Seite, die einen gewissen Korridor einräume, bei der die Benutzung der Autobahn auftritt sei. Gemeinsam mit Rheinland-Pfalz arbeite das saarländische Verkehrsministerium derzeit an einem Entwurf, wie eine Maut-Regelung für den Grenzraum aussehen könnte, so Kramp-Karrenbauer. Auch Landesvizechefin und SPD-Spitzenkandidatin Anke Rehlinger fordert Ausnahmeregelungen. „Entweder man definiert Korridore, oder man beschreibt eben die Streckenabschnitte, die von der Maut befreit bleiben müssen“, schlägt sie vor. Von den erwarteten Maut-Einnahmen werde nicht viel übrig bleiben: „Im Gegenteil, wir als Grenzregion werden dann noch die Zeche zahlen“, prophezeite Rehlinger. *ine*

HINTERGRUND

Die deutschen Maut-Pläne sorgen in vielen Ländern für Widerstand. Doch wie handhaben sie die Nutzung ihrer eigenen Straßen? **Österreich:** Für Autobahnen und Schnellstraßen ist eine Vignette nötig. Sie kostet für 10 Tage 8,80 Euro, für ein Jahr 85,70 Euro. **Tschechien:** In Tschechien müssen Autofahrer auf allen Autobahnen und Schnellstraßen Maut zahlen. Zehn Tage kosten 11,50 Euro, ein Jahr gut 55 Euro. **Ungarn:** Die Autobahnen und Schnellstraßen in Ungarn sind mautpflichtig. Die Kosten für Pkw liegen für 10 Tage bei knapp 10 Euro, für ein Jahr bei knapp 140 Euro. **Polen:** Die Autobahnen A1, A2 und A4 sind streckenweise gebührenpflichtig. **Frankreich:** Urlauber müssen auf fast allen Autobahnen zahlen. **Dänemark:** In Dänemark gibt es keine Maut. Wer mit dem Auto die mehr als 13 Kilometer lange Storebælt-Brücke überquert, zahlt aber 34 Euro. Die Benutzung der Öresund-Brücke zwischen Kopenhagen und Malmö (Schweden) kostet 48 Euro. **Belgien und Luxemburg:** Autofahrer müssen keine Maut zahlen. **Niederlande:** Autos rollen kostenfrei über die Straßen. Nur die Nutzung einzelner Brücken und Tunnel ist gebührenpflichtig. *dpa*

MEINUNG

Zündstoff für die Union

Von SZ-Redakteurin Iris Neu-Michalik

Die Maut könnte zweifellos vor echten Belastungsproben für die Union werden. Bessert Verkehrsminister Dobrindt für die Grenzregionen nicht nach, droht die Abgabe spätestens im Bundesrat Schiffbruch zu erleiden. Saar-Landeschefin Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU) hat bereits angekündigt, dass ihr Landesinteressen näher

liegen. Zum einen, weil sie sich demnächst im Amt bestätigen lassen will. Zum anderen, weil die Schuldenbremse in Gefahr wäre, würde eine Maut hierzulande zu ökonomischen Einbußen führen. Kramp-Karrenbauer weiß in der Maut-Frage mindestens Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg an ihrer Seite. Damit wächst der Druck auf den CSU-Minister: Ein Scheitern des Projekts wäre eine dicke Blamage für die Union - kurz vor der Bundestagswahl.

Advertisement for horst becker touristik GmbH u. Co. KG. Features sections for 'Info-Tage', 'Event-Touren', 'Oster-Touren', and 'Komfort-Touren' with various travel packages and prices.